

Mündliche Anfrage

gemäß § 111 der Geschäftsordnung (Fragestunde) für die
147. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Freitag, dem 13. November 1964

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

Abgeordneter
Müller (Berlin) In der Erwägung, daß die Bundesregierung für die Einhaltung des Grundgesetzes, also auch der Pressefreiheit, im gesamten Bundesgebiet, damit auch in Berlin, Sorge zu tragen hat, frage ich die Bundesregierung: Sind die merkwürdigen Vorgänge in Berlin, bei denen das Presseamt des Senats Nachforschungen und Recherchen bei Einsendern von Leserbriefen ohne Wissen der betreffenden Zeitung durchführen ließ, nach Auffassung der Bundesregierung mit dem Grundgesetz vereinbar?

Bonn, den 10. November 1964